

2011-07-12

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des
Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus
am 29.06.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
ab TOP 7 Beratungsraum 228

Die Beratung des TOP 3.1 fand gemeinsam mit den Vertretern des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport sowie des Finanzausschusses teil.

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Trocha, Harald
Gebhardt, Roland

Anwesend bis TOP 10

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD
Laue, Harald
Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Busch, Thomas

Vertreter für Herrn Prof. Dr. Schmidt

Fraktion der FDP
Neubert, Jürgen, Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der gemeinsamen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, wurde durch die Vorsitzenden der Ausschüsse für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, Bauwesen, Verkehr und Umwelt, Kultur, Bildung und Sport sowie des Finanzausschusses die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen - teilweise gemeinsamen - Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Gremien festgestellt.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung für den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus wurde durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, der Antrag gestellt, die im Punkt 8.2. der Einladung angekündigte Beschlussvorlage „Wirtschaftsförderungsahtgelegenhheiten - Satzung des Wirtschaftsbeirates der Stadt Dessau-Roßlau (DR/BV/222/2011/VI-80)“ zurück zu stellen. Die Behandlung der Voralge werde in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses erfolgen.

Weitere Anmerkungen oder Änderungsvorschläge wurden zu den ausgereichten Tagesordnungspunkten der einzelnen Ausschüsse nicht vorgebracht, so dass sie zur Abstimmung gestellt wurden.

Abstimmungsergebnisse:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus	8 - 0 - 0
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt	9 - 0 - 0
Ausschuss für Finanzen	8 - 0 - 0
Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport	7 - 0 - 0

Die Tagesordnung wurde von allen Gremien einstimmig bestätigt.

3. **Öffentliche Informationsvorlagen und Beschlussfassungen**

3.1. **Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten 2010 - Projektergänzung lt. Bescheid SF - 10.16.05.001.73 vom 22.12.2010 und Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe im HHJ 2011 Vorlage: DR/BV/206/2011/VI-61**

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, erläuterte eingangs, dass sich die Stadt bereits 2009 um Fördermittel für die UNESCO-Welterbestätten beworben

und diese dann bewilligt worden. Auch im Jahr 2010 bekam die Stadt Dessau-Roßlau trotz eines engen Zeitfensters eine weitere Zuwendung auf Grund der besonderen Initiative des Herrn Prof. Oswalt. Die Fördermittel werden insbesondere für das Ensemble der Meisterhäuser und für das Besucher- und Ausstellungszentrum am Bauhaus Dessau benötigt. Die finanziellen Mittel sowie ihre Verwendung müssen noch in den Haushalt 2011 ff. eingefügt werden, wobei man sich bei der Formulierung Optionen bewusst offen hält. Gleichzeitig aber verwies er auf den Punkt 4. der Beschlussvorlage, der eindeutig regelt, dass eine Voraussetzung für die Weiterreichung der Fördermittel an Dritte eine konkrete definierte Zweckbestimmung ist.

In der laufenden Gesprächsführung zur Fördermittelbereitstellung für das Vorhaben Besucherzentrum, so Herr Hantusch weiter, findet am 30.06.2011 im Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt statt. Eine Entscheidung der Landesregierung zum Bau des Besucherzentrums am Bauhaus Dessau wurde für September 2011 in Aussicht gestellt, danach ist eine klare Definierung des Verwendungszweckes möglich.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, erklärte seine Unterstützung zur beschriebenen Vorgehensweise der Verwaltung und erachtete es als wichtig, dass diese auf Grund der finanziellen Lage haushaltskonform gestaltet werden muss. Die Stadt Dessau-Roßlau setzt damit gegenüber der Landesregierung ein klares Zeichen für eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung finanzieller Mittel.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, äußerte die Bitte, dem Protokoll den Fördermittelbescheid von 2009 beizufügen, da aus den bisherigen Unterlagen hervor ging, dass Fördermittel für das Besucher- und Ausstellungszentrum nicht bewilligt worden und nun stehen 2,2 Millionen € zur Verfügung. Des Weiteren hinterfragte er die in der Vorlage ausgewiesenen Deckungsquellen „Forschungsvorhaben“ und „Knoten Kleinkühnauer Straße“ und vertrat die Auffassung, dass man insbesondere die letztgenannte Investition nicht länger verschieben könne und sich für andere Maßnahmen entscheiden sollte.

Hierzu konnte **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, die Auskunft geben, dass die Mittel für das Besucher- und Ausstellungszentrum bereits im Programmjahr 2010 nicht bewilligt worden. Hier erfolgte ein entsprechender Hinweis auf den Antrag, der im Frühjahr 2010 gegenüber den Stadträten in der Haushaltsplanung kommuniziert wurde. Zu den Kostendeckungsvorschlägen erklärte Herr Schmieder weiter, dass die Stadt zum jetzigen Zeitpunkt gefordert ist, nachvollziehbare Vorschläge zu erarbeiten, um dem Land gegenüber ein Signal zu senden. Die Maßnahme „Knoten Kleinkühnauer Straße“ ist laut Vorlage für das Jahr 2013 angesetzt, d. h. es besteht die Aufgabe, dieses Vorhaben in den zukünftigen Investitionsplan wieder mit einzubringen, um die Realisierung dieser Maßnahme zu gewährleisten.

Herr Trocha, Fraktion der CDU, äußerte seine Bedenken zum Ausgaben- und Finanzierungsplan in Bezug auf das Besucher- und Ausstellungszentrum. In den Projektgesamtkosten sind keine Drittmittel ausgewiesen. An dieser Stelle vermisst er den Anteil der Stiftung Bauhaus.

Frau Lüttich, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, bemerkte hierzu, dass dieses Thema bereits im Sommer 2010 diskutiert wurde. Die Mittel der Stiftung Bauhaus werden nicht im Ausgaben- und Finanzierungsplan ausgewiesen, da diese dann sofort auf die Förderhöhe mit anzurechnen wären.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, ob einerseits die im Finanzierungsplan ausgewiesene Förderung durch das Land in Höhe von 45 % und andererseits die Verfügbarkeit der Deckungsquellen gesichert sind, antwortete **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass, wie es bereits in der Beschlussvorlage formuliert ist, die verbindliche Aussage des Landes noch aussteht.

Herr Schmieder ergänzte mit der Erläuterung der in der Beschlussvorlage ausgewiesenen Deckungsvorschläge, die für das Haushaltsjahr 2011 auf jeden Fall zur Verfügung stehen. Die De-

ckungsquelle „Kurshaus“ ist möglich, da im Moment ein Gerichtsverfahren läuft und dessen Ausgang nicht in 2011 zu erwarten ist. Für die Maßnahme „Kavalierstraße“, so Herr Schmieder weiter, erhielt man das Signal, dass die beantragten Fördermittel im Programm Stadtumbau 2011 nicht bewilligt werden. Bei dem Vorschlag „Ausgleichsstock“ erhielt die Stadt am Anfang des Jahres 2011 vom Land eine Sonderzuweisung, um den Eigenanteil der beantragten und bewilligten UNESCO-Mittel gegen zu finanzieren. Bei der Maßnahme „Forschungsvorhaben“ handelt es sich um die Fortsetzung des IBA-Prozesses, aber auch hier erhielt man die Information, dass eine Bewilligung nicht erfolgen wird.

Nach Beendigung der Diskussion, stellten die einzelnen Ausschussvorsitzenden in ihrem Gremium die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnisse:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus	8 - 0 - 0
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt	8 - 0 - 1
Ausschuss für Finanzen	8 - 0 - 1
Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport	6 - 0 - 1

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

Im Anschluss daran, verabschiedete **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport und dankte ihnen für ihre Anwesenheit.

3.2. Beschluss über die öffentliche Auslegung zum Entwurf des städtebaulichen Rahmenplanes für das Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest Vorlage: DR/BV/156/2011/VI-60

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus	8 - 0 - 0
---	------------------

Die Beschlussvorlage wurde vom Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung einstimmig, ungeändert bestätigt.

Vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** wurde die Informationsvorlage **zur Kenntnis genommen.**

3.3. **Masterplan Innenstadt Dessau - Billigung des Entwurfs / Öffentlichkeitsbeteiligung** **Vorlage: DR/BV/216/2011/VI-61**

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, informierte eingangs die anwesenden Mitglieder, dass die konzeptionelle Arbeit weitergeführt wird. Durch das vorliegende Zentrenkonzept, welches die Arbeitsgrundlage bildet, wurden Defizite in der Innenstadt erkannt und neue Erkenntnisse gewonnen, die ihren Niederschlag in dem vorliegenden Masterplan finden. Der Plan ist zielführend auf die Erreichung einer nachhaltigen, oberzentralen Funktionalität des Kernbereichs der Stadt ausgerichtet, insbesondere auf die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt. Resultierend aus dem demografischen Wandel ist die zu verzeichnende sinkende Einwohnerzahl der Stadt Dessau-Roßlau. Diesen allgemeinen Trend, den auch andere Landkreise und Städte spüren, heißt es zu akzeptieren und frühzeitig mit entsprechenden Konzepten entgegen zu wirken.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, ergänzte, dass der Stadtrat den Auftrag erteilt hat, den Masterplan Innenstadt zu erarbeiten, der als kleinräumlicher Teilplan des Stadtentwicklungskonzeptes zu sehen und zu verstehen ist. Bezug nehmend auf das Weißbuch der Bundesregierung messe man der Innenstadt eine wichtige Säule in der Stadtentwicklung bei und definiere im Masterplan diesen Bereich. In der Bearbeitung wurden vorliegende Konzepte ausgewertet, zusammengefasst und mit dem Ziel der Verständigung auf künftige Maßnahmen ergänzt. Trotz prekärer Haushaltssituation geht es um zukunftsweisende Projektentwicklung und in diesen Prozess will man frühzeitig die Politik, den Beirat und die Bürgerschaft mit einbeziehen.

In der im Anschluss daran folgenden Präsentation durch **Herrn Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, wurde den Anwesenden der Masterplan in seinen Schwerpunkten umfangreich erläutert. Ziel des Masterplanes ist die Herstellung einer nachhaltigen, oberzentralen Funktionalität der Innenstadt. Der Masterplan, so Herr Schmidt weiter, ist kein komplett neues Planwerk. Vielmehr wurden bestehende kleinräumliche Planungen, Quartierskonzepte und übergeordnete Fachkonzepte mit den Aussagen des Leitbildes und dem tatsächlichen Bestand abgeglichen. Auf Grund der stark heterogenen Siedlungsstruktur und der schlechten Wahrnehmung und Orientierung der Innenstadt wurde zur weiteren Analyse ein Modell des US Amerikaners Kevin Lynch herangezogen. Im Einzelnen ging Herr Schmidt in seinen Erläuterungen näher auf die Funktionen der Bereiche Umwelt, Kultur/Unterhaltung, Einzelhandel, Justiz und Kultur/Stadtgeschichte ein. Die im Masterplan abgeleiteten Maßnahmen und Handlungsempfehlungen bilden eine fundierte Grundlage für ein neues städteräumlich-funktionales Leitbild für die Innenstadt. Die in der Vorlage beigefügte Karte definiert einen Kernbereich, in dem sich nachweislich die höchste Konzentration von oberzentralen Einrichtungen befindet, wie Bahnhof, Theater, Banken und Verwaltung. Außerhalb dieses Kernbereiches wird das Angebot an oberzentralen Einrichtungen sehr gering. Das ist Anlass genug, sich innerhalb dieses Kernbereiches im Masterplan auf Maßnahmen zu konzentrieren, die durch die Vernetzung dieser öffentlichen oberzentralen Einrichtungen den größtmöglichen Effekt erzielen. Übergeordnet zu den konkreten Handlungserfordernissen zeichnen sich Aufgaben ab, denen es mit übergeordneten strategischen Maßnahmen zu begegnen gilt und folgendes beinhalten:

- Schlüsselgrundstücke und –immobilien
- Fuß-, Radwegebeziehungen und Drehscheiben
- Potentialräume Kreativszene
- Start-Up-Wohnmodell
- Aktives Belegungsmanagement
- Generationsübergreifendes Wohnen

In der Präsentation ging Herr Schmidt dann fortführend auf die Nennung und Erläuterung der einzelnen Handlungsräume ein, die sich gemäß der Beschlussvorlage speziell auf folgende konzentrieren:

- Zentrum – Zerbster Straße und Umfeld
- Aufwertung der Magistralen
- Stadtpark, Muldenbalkon und Grüne Ost-West-Traverse
- Umweltstadt, Kulturstadt und urbanes Dorf
- Justizquartier

Zum Abschluss seiner Präsentation fasste Herr Schmidt zusammen, dass der Masterplan ein strategisches Instrument ist, das modular, fortschreibungsfähig und auf den Konsens mit den Akteuren aus Verwaltung, Politik, Beirat und Öffentlichkeit angelegt ist. Endprodukt des Planwerks ist ein Masterplan Innenstadt Dessau mit darauf aufbauendem Handlungs- und Finanzierungskonzept.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, dankte Herrn Schmidt für seine Ausführungen und eröffnete die Diskussion.

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD,** zur weiteren Zeitschiene für die Bearbeitung und Beteiligung, antwortete **Herr Schmidt,** dass eine zeitnahe Qualifizierung des Masterplanes erfolgt. Mitte Juli, so Herr Schmidt weiter, erfolgt die Diskussion im Beirat und für den August ist ein Workshop mit den Akteuren geplant. Für Ende September/Anfang Oktober findet ein Innenstadtforum für die Öffentlichkeit statt. Das Ergebnis des Beteiligungsprozesses werde man den Gremien im Anschluss vorstellen.

Herr Schönemann erklärte sein Einverständnis mit der vorgegeben Zeitschiene und regte in diesem Zusammenhang an, auch die Vertreter der Politik in einem Workshop zu qualifizieren, um zielführend am Projekt mit arbeiten zu können und somit eine bessere Akzeptanz zu schaffen.

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, begrüßte ebenfalls die genannte weitere Vorgehensweise und erklärte die Bereitschaft seiner Fraktion, den Prozess aktiv mit zu begleiten.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, machte in seinem anschließenden Redebeitrag deutlich, dass er mehr von dem Masterplan erwartet hätte, als die nur reine Zusammenfassung von Maßnahmen. Der Masterplan in seiner jetzigen Fassung, so Herr Busch weiter, stelle für ihn keine Diskussionsgrundlage dar. Er vermisse z. B. die Einarbeitung des Energiekonzeptes der Stadt Dessau-Roßlau, den Ergebnissen des Wettbewerbs European 10, Aussagen zur architektonischen Qualität in Bezug auf die Bauhausstadt, Vorschläge zu der geplanten Bebauung von Grundstücken gegenüber dem Rathauscenter, bzw. Post, wegweisende Informationen zur Logistik und zu dem Verkehrssystem.

Herr Beigeordneter Hantusch stimmte in einigen Punkten Herrn Busch zu, aber machte nochmals deutlich, dass es sich bei diesem Gesamtplan um keine Zusammenfassung handelt, sondern es wurden vorhandene Konzepte durch die Consulting-Firma, die durch die Stadt beauftragt wurde, gesichtet, ausgewertet und die verschiedenen Ansätze, ergänzt um neue Erkenntnisse, erstmal zueinander in Beziehung gesetzt. An dem bereits beschlossenen Leitbild, so Herr Hantusch weiter, gilt es sich jetzt zu orientieren und den Masterplan Innenstadt, als Teilprojekt des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, zu qualifizieren. Des Weiteren äußerte er seine Bedenken, den Masterplan mit Fakten, Maßnahmen, Konzepten, etc. zu überfrachten, dieses wäre nicht zielführend. Als positiv wertete Herr Hantusch, dass man zeitnah mit der Politik, mit maßgeblichen Verbänden und Bürgern dieser Stadt in den Diskurs kommen will. Er gab aber auch zu bedenken, dass nicht alles in Kürze leistbar ist und deshalb ein abgestuftes Verfahren befürwortet. Denn ein Planwerk, wie der Masterplan Innenstadt, unterliegt Veränderungen im Zeitablauf und in den finanziellen Möglichkeiten bei der Umsetzung seiner Maßnahmen, auch wenn seine Zielsetzungen und Grundaussagen dauerhaft Bestand haben werden.

Auf die Bemerkung von **Herrn Busch**, dass die Städte Halle und Magdeburg einwohnermäßig größer werden und die Stadt Dessau-Roßlau den gleichen Anspruch verfolgen müsste, er aber den Zweifel hegt, dass dieser Masterplan dazu beitragen könnte, erwiderte Herr Hantusch, dass ein Masterplan nie dazu beitragen kann und die beiden Städte auf Grund ihres Unversitätsstatus einen leichten Aufwärtstrend erfahren.

Zurück kommend auf das Thema Masterplan, stimmte **Herr Schönemann** den Ausführungen von Herrn Hantusch zu und vertrat die Auffassung, dass das Leitbild als klare Orientierung fungiert und der Masterplan in seiner Komplexität zu betrachten und zu sichern ist. Im Ergebnis geht es darum, dass die Maßnahmen, die das Arbeitspapier enthält, tauglich und umsetzbar sind. Letztendlich befindet man sich hier erst am Anfang der Diskussionen.

Herr Mau gab zu Protokoll, dass die Fraktion hinter dem Entwurf des Masterplanes steht. Er persönlich vertrat die Meinung, dass dem Hinweis auf die Einarbeitung des Energiekonzeptes, Beachtung geschenkt werden sollte.

Auf Anfrage von **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, wer den Masterplan erarbeitet hat und ob es sich um eine vergleichbare Begleitung des Prozesses im Sinne einer Fortschreibung ähnlich wie im Leitbild-Prozess handelt, antwortete **Frau Jahn**, dass das Konzept im Auftrag der Stadtverwaltung eine Consulting-Firma aus Leipzig erarbeitet hat und sie auch den weiteren Prozess begleiten wird.

Durch **Herrn Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wurde angeregt, in den Planungen auch exklusive Wohnlagen/Wohnungen mit auszuweisen, da hierzu von einem entsprechenden Klientel, welches temporär in der Stadt Dessau-Roßlau weilt, bereits Interesse bekundet worden ist. Entsprechende Angebote seien derzeit nicht verfügbar.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, äußerte sein Missfallen an dem Masterplan, der nach seiner Auffassung eine oberflächliche Zusammenstellung vorliegender Erkenntnisse darstellt und in einigen Punkten durch die Entwicklung überholt erscheint. Er ergänzte, dass vieles sich über das Machbare regeln wird.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnisse:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus

8 - 0 - 0

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

7 - 0 - 2

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

4. Öffentliche Anfragen und Informationen

Auf die Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, inwieweit der Wasserschaden auf Grund des heftigen Regengusses im Depot des Museums für Stadtgeschichte behoben sei, wurde eine schriftliche Beantwortung seitens der Verwaltung zugesagt.

Herr Trocha, Fraktion der CDU, informierte sich über den Stand der Bauarbeiten in der Wasserstadt/Diepold und fragte, ob auf Grund der Gefahrensituation eine Sperrung dort nötig ist.

Nach Prüfung des Sachstandes sicherte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**, eine verbindliche Aussage im Nachgang zu.

In diesem Zusammenhang erkundigte sich **Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, ab wann die Fertigstellung der Luchstraße in Roßlau zu erwarten ist. Auch hierzu gibt es eine gesonderte Information des Tiefbauamtes, da momentan keine Aussage möglich war.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

6. Schließung der gemeinsamen Sitzung

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde durch **Herrn Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus**, die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus und des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt um 17:40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 12.07.11

i. A. Riehl
Schriftführerin

Fortsetzung der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt (Beratungsraum 228)

7. Genehmigung der Niederschrift vom 09.06.2011

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 09.06.2011 wurde durch **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, eine Protokollkorrektur des Rechtsamtes, Frau Pucknat zum TOP 6 „Zusammenarbeit der Kreishandwerkerschaft und des Ausschusses für Bauwesen, verkehr und Umwelt“ (Protokoll Seite 5, 7. Absatz), verlesen:

*Mit der Auftragsberatungsstelle Sachsen-Anhalt in Magdeburg verwies **Frau Pucknat, Rechtsamt**, auf eine zusätzliche beratende Stelle. Auch sei eine Einflussnahme der Kreishandwerkerschaft auf den laufenden Prozess der Regelung der Vergaberichtlinien, Vergabegesetze und Erlasslagen nötig.*

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurden seine Äußerungen im TOP 7 „Informationen zur Thematik Grundwasser“, (Protokoll Seite 7, 9. Absatz) folgendermaßen ergänzt:

*Wichtig sei, so **Herr Otto**, die Aussagen, die das Land angefordert habe, zeitnah zu erarbeiten. Die vorliegenden Unterlagen seien zu qualifizieren, der perspektivische Trend sei aufzuzeigen und dann Maßnahmen und deren Kosten zu erarbeiten. Hierzu sollte nach der Sommerpause unter Hinzuziehung weiterer Fachleute – Bodengutachter, die sich mit der Situation in Dessau-Roßlau beschäftigen und entsprechendes Wissen vorweisen - eine Sondersitzung des Gremiums stattfinden.*

Weitere Anmerkungen wurden nicht vorgebracht. Das Protokoll wurde mit den o. a. Änderungen zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 2

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 09.06.2011 wurde geändert bestätigt.

8. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums am 09.06.2011

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die folgenden Beschlussfassungen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 09.06.2011:

*Vergabe von Planungsleistungen für die Baumaßnahme UNESCO - Welterbestätte Gartenreich Dessau-Wörlitz, Schloss Georgium, 2. BA
Vorlage: DR/BV/190/2011/VI-65*

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

*Infrastrukturvorhaben zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft "Revitalisierung einer Industriebrache ehemals Junkalor" und Grundstücksangelegenheit "Erwerb des Grundstückes Mannheimer Straße 2" sowie Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung
Vorlage: DR/BV/116/2011/VI-80*

Abstimmungsergebnis:

6 : 1 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

9. Öffentliche Informationsvorlagen

9.1. Sanierungsgebiet Dessau-Nord, Erweiterung Spielplatz Alexandrastraße Vorlage: DR/BV/200/2011/VI-65

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde darauf hingewiesen, dass man sich dazu verständigt hatte, in Beschlussvorlagen zur Umsetzung von Maßnahmen die Folgekosten dieser Vorhaben aufzuführen.

Dieser Forderung sei zuzustimmen, so **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**. Demgegenüber handele sich bei diesem Vorhaben jedoch um eine Neuordnung und Umgestaltung eines vorhandenen Spielplatzes.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

9.2. Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau, Neubau Bolzplatz verlängerte Porsestraße
Vorlage: DR/BV/201/2011/VI-65

Die durch Herrn Otto zur letzten Vorlage formulierte Forderung zur Ausweisung der Folgekosten treffe für dieses Vorhaben ebenso zu, so **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**.

Folgekosten wurden nicht aufgenommen, da als Pate die Freiwillige Feuerwehr Roßlau gewonnen werden konnte, erklärte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**.

Man hätte zur Behandlung der Vorlage gern das Votum des Ortschaftsrates Roßlau gehört, bemerkte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**.

Grundlage sei, so **Herr Schmieder**, der Maßnahme- und Finanzierungsplan für das Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau des Jahres 2011, der im Mai dieses Jahres durch den Stadtrat bestätigt und im Vorfeld durch den Ortschaftsrat behandelt wurde. In der nun zur Diskussion stehenden Vorlage informiere man die Gremien über die konkrete Gestaltung der Investitionsmaßnahme. Eine vorherige Behandlung im Ortschaftsrat, der die Vorlage in seiner Sitzung am Folgetag auf der Tagesordnung habe, hätte zur Folge, dass der Ausschuss die Vorlage erst im September und demzufolge erst nach Beginn der Arbeiten zur Kenntnis bekommen hätte.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bat um Nachreichung der angefragten Kosten zur Unterhaltung beider Investitionsmaßnahmen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

9.3. Information über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 218 "Besucherzentrum am Bauhaus"
Vorlage: DR/IV/043/2011/VI-61

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Zum Verfahren bemerkte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass es als unglücklich zu bezeichnen sei, dass der Auslegungstermin in die Ferienzeit gelegt wurde.

Darüber hinaus fehlen zum Vorhaben Aussagen zur Höhe der Folgekosten der Investition und Festlegungen zu deren Übernahme. Hierzu seien aus der Verwaltungsspitze gegensätzliche Aussagen gemacht worden. Zum einen sei durch Herrn Hantusch erklärt worden, dass die Stiftung Personal- und Betriebskosten übernehmen soll und die Stadt die Kosten übernimmt, die aus ihrer Eigentümerrolle resultieren. Zum anderen habe Frau Nußbeck erklärt, dass der Stadt außer der Beteiligung an der Investition keine weiteren Kosten aus der Investition entstünden. Seitens der Verwaltungsspitze sei hierzu Aufklärung zu leisten.

Des Weiteren sei bislang kein Antrag auf Rückbau der denkmalgeschützten Bestandsgebäude eingereicht worden.

Zum Abrissantrag führte **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, aus, dass dieser seitens der Stadt Ende Mai eingereicht wurde. Mittlerweile liege bereits eine Eingangsbestätigung vor und seien Ergänzungsunterlagen auf Anfrage des Landesverwaltungsamtes nachgereicht worden.

Zum Thema Betriebsführung erklärte er, dass die Stiftung gegenwärtig die betriebswirtschaftlichen Untersuchungen zum Abschluss bringt. Diese Aussagen werden auch von der Landesregierung eingefordert.

Auf den Kritikpunkt Öffentlichkeitsbeteiligung während der Ferienzeit erläuterte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, den Zusammenhang zum geplanten Wettbewerb, der noch im Jahr 2011 begonnen werden soll und in dessen Aufgabenstellung die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung einfließen werden. Darüber hinaus erfolge eine wiederholte Beteiligung der Öffentlichkeit im weiteren Verfahren.

Auf nochmalige Nachfrage von **Herrn Otto** hinsichtlich der Übernahme der gesamten Unterhaltungskosten des Besucherzentrums durch die Stiftung Bauhaus, erklärte **Herr Schmieder**, dass dies die Aufgabenstellung des Betriebskostenkonzepts beinhalte. Im Zusammenhang seien der Nachweis der Unterhaltung und der Investition vor Beginn des Wettbewerbs zu entscheiden.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, verwies auf die derzeit laufende Klärung der haushaltspolitischen Rahmenbedingungen zwischen den Ministerien des Landes.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

10. Öffentliche Anfragen und Informationen

Zum Vorhaben Hagenbreite informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass durch die Bürgerinitiative nunmehr ein genehmigungsfähiges Projekt vorgelegt wurde. Nach Aufschlüsselung der Kostenanteile kommt es aufgrund der unterschiedlichen Ausbaustandards und der Regelungen der Erschließungsbeitragsatzung bei den Eckgrundstücken zu einer zusätzlichen Belastung einzelner Grundstückseigentümer. Da das gesamte Vorhaben in Frage gestellt werde, sei zur Berechnung der Beiträge das Solidarprinzip einzubeziehen. Hierzu bat er die Verwaltung um rechtliche Prüfung, inwieweit abweichende Regelungen anwendbar seien. Unter dieser Voraussetzung könne eine zeitnahe Umsetzung des Vorhabens realisiert werden. Nachdem man Klarheit zur Schmutzwasserentsorgung und zum Straßenbau erzielt habe, sei noch hinsichtlich der Straßenbeleuchtung zu klären, ob ein Verzicht möglich sei. Man habe im Planungsverlauf die Kosten von 800 T€ auf 400 T€ reduziert und müsse eine gemeinschaftliche Lösung erarbeiten, um das Engagement der Bürgerschaft zu würdigen.

Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ob die Art der Oberflächenentwässerung seitens der Verwaltung akzeptiert wurde, erklärte **Herr Schönemann**, dass die letztendliche Versickerungslösung technisch geprüft und bestätigt wurde.

Da vormals seitens der Verwaltung eine Versickerung der Oberflächenwässer abgelehnt wurde, sei deren jetzige Haltung nicht kritiklos hinnehmbar, so **Herr Otto**. Aufgabe des Baudezernats sei es, eine optimale Lösung gemeinsam mit den Planern zu erarbeiten.

Dass die Ursprungsplanung des Tiefbauamts mit entsprechenden Annahmen zur Sicherheit der Entwässerungsanlage erstellt wurde, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Die nun erarbeitete Lösung beinhalte ein Restrisiko, welches in der Planung der Stadt ausgeschlossen wurde. Dieses Risiko haben die Bürger zu tragen.

Weitere Wortmeldungen wurden zu dieser Thematik nicht geäußert.

Zum Vorhaben des Saarländischen Schwesternverbandes am Schillerplatz in Roßlau informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu den Ergebnissen des Ortstermins des Ortschaftsrates und der Vertreter des Ausschusses am 14.06.2011. Nach Ausreichung des Protokolls der Beratung werde man einen Abgleich der Bedenken vornehmen. Nach seiner eigenen Wahrnehmung konnten die Zweifel der Anwohner nicht ausgeräumt werden, so dass der Konflikt nicht gelöst sei. Als wirtschaftlichen Aspekt fügte er in die Betrachtung ein, dass der Vorhabenträger die derzeitigen Betreuungszahlen am neuen Standort nicht erreichen werde. Als Lösungsvorschlag beschrieb er die Prüfung alternativer Grundstücksangebote durch die Stadt und die Gesprächsführung mit dem Investor. Demgegenüber hätten die Anwohner die Bereitschaft erklärt, durch Zuerwerb für ihre eigenen Grundstücke, den Ankauf der Innenfläche am Schillerplatz zu realisieren.

Für die Verwaltung sei eine klare Arbeitsrichtung zu formulieren, so **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**. Entsprechend dem Vorgenannten werde man nach Prüfung von Grundstücksalternativen und der Gesprächsführung mit dem Investor die Vertreter des Ausschusses zum erreichten Stand in Kenntnis setzen.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung zu Verhandlungen mit dem Investor, konkretisierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, die Arbeitsrichtung. Für den Fall, dass der Investor am Bauvorhaben am Schillerplatz festhält, sei er in seiner Funktion als Wirtschaftsförderer gefordert, die Investition in der Stadt zu belassen.

Durch **Herrn Dreibrodt, Fraktion der SPD**, wurde auf das Bauvorhaben zur Errichtung eines Einkaufszentrums im Bereich Schillerplatz verwiesen. Auch dort musste der Investor aufgrund der Gestaltungssatzung reagieren und ein bislang ungenutztes Dachgeschoss in die Planungen einarbeiten. Das jetzt in Rede stehende Bauvorhaben passe in der jetzigen Form nicht an diesen Standort.

Dem widersprach **Herr Schmieder**, da sich die Zweigeschossigkeit des Einkaufszentrums aus der Bauleitplanung begründete. Das Dachgeschoss sei bauordnungsrechtlich möglich und vormals wurden auch Bemühungen hinsichtlich einer Nutzung betrieben.

Dass man Alternativen mit dem Investor abstimmen und nicht die Kraft in die Bauleitplanungen investieren sollte, bekräftigte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**.

Vor Ort sei nicht erkennbar gewesen, so **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, dass mit der Planung des Investors etwas getan werde, was den Bürgern schaden würde. Eine Genehmigungsfähigkeit sei erreichbar.

Da die Bürgerbeteiligung Konflikte offenbart habe, seien alternative Lösungen als Gewinn für alle zu bezeichnen, erklärte **Herr Schönemann**.

Man werde die Gespräche mit dem Investor führen, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, aber dabei auch aus Sicht der Wirtschaftsförderung versuchen, ihn nicht verprellen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

13. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 18:50 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 12.07.11

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlagen:

- . Anwesenheitsliste
- . Fördermittelbescheid „Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten – 2009“ (wurde bereits an alle Fraktionen ausgereicht)